

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abhängig beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. März 1930

Frankreichs innere Krise.

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Paris, im Dezember (Eig. Bericht)

Frankreichs Innenpolitik macht eine schwere Krise durch. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes noch fern von jenem katastrophentartigen Charakter sind, den sie in einer ganzen Reihe anderer Staaten angenommen haben, behalten die Kämpfe zwischen den einzelnen Parteien vorläufig noch einen ideellen Anstrich.

Vorerst stehen sich in diesem Hin und Her, soweit die entscheidenden bürgerlichen Formationen in Betracht kommen, keine scharf von einander getrennte Wirtschaftsprogramme gegenüber. Man ringt um die Regierungsmacht als solche, um das Innenministerium, von dem die Präfekten abhängig sind, die bei den Wahlen eine grosse Rolle spielen können. Man will dem Klerikalismus Vorschub leisten oder ihn bannen, die durch die weltlichen Gesetze aus dem Lande gewiesenen Mönchs-Kongregationen begünstigen oder sie zwingen, sich den bestehenden Verfügungen zu unterwerfen. Man will die höheren Richter- und Offiziersstellen in die Hände politischer Gesinnungsgenossen bringen. Kurz man will die Verwaltung des Lands beherrschen und damit seine Gesamt-Stellung vor der Wählermasse stärken.

Während der letzten beiden Jahrzehnte vor dem Kriege war es den bürgerlichen Linkselementen, mit Unterstützung der Sozialisten gelungen, die Ueberbleibsel der alt-konservativen, nationalistisch-klerikalischen Elemente aus dem Regierungs- und Verwaltungsapparat zum grössten Teil zu entfernen. Obwohl im Feuer der nationalen Einheitsfront, während des Kriegs, mancher Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien, wenigstens dem Anschein nach, dahinschmolz und die ersten Wahlen nach dem Waffenstillstand, am 16. November 1919, der Rechten einen beträchtlichen Sieg verschafften, waren gewisse Linkstraditionen stark genug geblieben, um die triumphierende Reaktion zu verhindern. Der Krieg war noch in zu brennender Erinnerung, die Unsicherheit über die Haltung der unteren Volksmassen im Fall eines brutalen Systemwechsels noch zu unsicher und die Erkenntnis des Stärkegrads der neuerworbenen Machtstellung im Rechtslager noch zu unbestimmt. Erst nachdem die Rechte das Ruder wieder einige Jahre in den Händen hatte, erwachte in ihrem Schosse so etwas wie ein ausgesprochener Machtwille. Im gleichen Masse, in dem dies jedoch nach aussen zum Ausdruck kam, wuchs auch von unten der Widerstand gegen die Pläne der Rechten. So kam es, dass bei den Neuwahlen vom 11. Mai 1924 die aus der Kriegszeit her über das Land geflutete Rechtswelle gebrochen wurde. Damals glaubte man zunächst, dass die Linke einen grossen Sieg davon getragen hätte. In Wirklichkeit zeigte sich nicht nur, dass die ausserparlamentarischen Finanz- und Wirtschaftskräfte alles daran setzten, um die Rechte in ihrer Machtstellung zu erhalten, sondern, dass auch innerhalb des Parlaments das Vorhandensein einiger Dutzend schwankender Gestalten im Zentrum, die Linke äusserst schwächte. Auch die Wahlen

von 1928 haben die erwartete Klärung nicht gebracht. Wieder kehrten die Mittelgruppen so stark zurück, dass ohne sie überhaupt keine Mehrheit gebildet werden konnte. Da sie ihre Fähnlein straffer als früher nachrechts drehten, durfte sich die Reaktion anspruchsvoller, selbstsicherer zeigen. Das führte Ende 1928 zum Austritt Herriots und Painlevés aus dem Poincarékabinett und zu einer reineren Scheidung zwischen Links und Rechts. Die Person Poincarés jedoch, der in seinen tieferen Ueberzeugungen und, innenpolitisch, in manchen seiner Handlungen viel weniger zur Rechten neigte, als man es seinem allgemeinen Ruf zufolge meistens annahm, sorgte dafür, dass auch nachher wichtige Gegensätze ziemlich verschleiert blieben.

Poincarés plötzliche Erkrankung im Hochsommer 1929 öffnete die Schleusen. Dass der Friedenswärter Aristide Briand seine unmittelbare Nachfolge übernehmen durfte, sodass für ein paar Monate noch einmal so etwas wie ein Waffenstillstand eintreten konnte, lag ausschliesslich daran, dass man mitten in der Vorbereitung und Ausführung der Haager Reparationskonferenzen stand. Aber so stark war das Drängen der Rechten, die Macht selber in die Hand zu bekommen, dass sie sich, nach den Parlamentsferien, im Herbst 1929, nicht scheute, das Kabinett Briand zu stürzen. Jetzt brach die Zeit Tardieu's an, dem die gesamte Rechtspresse seit Monaten die überschwenklichsten Lobeshymnen und Verheissungslieder gewidmet hatte. Der Versuch, ein ausgesprochenes Linksministerium, dem die Unterstützung der sozialistischen Fraktion gesichert war, ans Ruder zu bringen misslang. Am selben Tag, an dem sich das Kabinett Chautemps vorstellte, wurde es zu Fall gebracht.

"Jetzt aber sollen sie was erleben", jubelten mit Rächerstimme die Blätter der Rechten. In der Tat erlebte Frankreich, dass zum ersten Mal seit Ende des vorigen Jahrhunderts wieder ausgesprochene Gegner der weltlichen Fundamentalgesetze der dritten Republik in der Regierung sassen, dass die höheren Präfekturstellen den der Linksgesinnung Verdächtigen entrissen, im Offiziers- und Richterkorps die reaktionären Elemente begünstigt wurden. In André Tardieu hatten die nationalistisch-konservativen Gruppen endlich einen begabten, tatkräftigen, rücksichtslosen Draufgänger gefunden, der unter ständiger Betonung seiner persönlich fortschrittlich-vorurteilslosen Gesinnung die Linke bei jeder Gelegenheit mit Spott überschüttete. Dass Tardieu bis zu den Neuwahlen 1932 am Ruder bleiben würde, verkündeten in der letzten Zeit seine Anhänger als beinahe selbstverständlich. Der Ausbruch des Oustric-Skandals in der Kammer das Misstrauen des Senats inbezug auf die antiweltlichen Absichten des Kabinetts, haben Tardieu's Herrschaft ein unverhofftes Ende bereitet. Am Tag seines Sturzes wollte die Rechte noch nicht daran glauben.

Es kam das Kabinett Steeg. Dass es Tardieu und seiner Gefolgschaft nicht gelang, dieser Regierung das gleiche Schicksal aufzuerlegen wie seinerzeit dem Ministerium Chautemps, ist ein Ereignis, das wohl bis zum Ende der Legislaturperiode nachwirken wird. Auch dann, wenn das Kabinett Steeg in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sich nicht allzulange als lebensfähig erweisen sollte.

So paradox es im Jahre 1926 erscheinen mochte, dass in der Linkskammer eine Rechtsregierung ans Ruder kommen konnte, so widerspruchsvoll sieht es aus, dass 1930 in der Rechtskammer eine Linksregierung auch nur vierundzwanzig Stunden das Heft in der Hand behält. Bis zu den Neuwahlen von 1932 wird die Stellung jedes Kabinetts problematisch und die gesamte parlamentarische Arbeit gehemmt bleiben. Im Frühling 1932 wird es vor allem darum zu kämpfen gelten, klare Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, um die Kammer und damit auch die Regierungen aus dem Sumpf programmunfähiger Mitte-Kombinationen herauszuholen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Entwicklung und ihre krisenschwangere Verschärfung bis dahin dazu beitragen können, die Lage und damit auch die Köpfe der Wähler zu klären.

SPD, New York, 23. Dezember (Eig. Dr.)

Der aus Europa nach Amerika zurückgekehrte frühere Staatssekretär des Auswärtigen und Friedenspreisträger Kellogg äusserte sich über die europäischen Zustände sehr günstig und bezeichnete die Alarmgerüchte über eine europäische Kriegsgefahr als übertrieben. Die europäischen Staatsmänner seien bemüht, die Gegensätze auf friedlichem Wege zu lösen. Der Wahlausfall in Deutschland brauche keineswegs tragisch gewertet zu werden.

SPD, Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Steeg hat sein Kabinett am Dienstag um fünf neue Mitglieder verstärkt. Es sind dies der Pensionsminister Dormann von der radikalen Linken und vier Staatssekretäre: Breant, republikanische Linke für das Innenministerium, Charlot, radikale Linke für das Ackerbauministerium, Stern, republikanische Linke für das Kriegsministerium und Tricard-Graveron, republikanische Linke für den sportlichen Unterricht.

Es ist Steeg also gelungen, seine Anhängerschaft in den Reihen der bürgerlichen Mittelparteien zu verstärken. Die fünf neuen Männer gehören alle den Mittelparteien der Kammer an, und zwar zwei der Gruppe Loucheur und drei der Gruppe Tardieu. Trotz dieser Erweiterung des Kabinetts nach rechts bleibt das Übergewicht der radikalen Partei in der Regierung bestehen. Der Opposition Tardieus ist es nicht gelungen, Steegs Vordringen bis in die Reihen der eigenen Anhänger hinein abzuriegeln. Wie man erfährt, ist die Zahl der Anwärter für die verfügbaren Ministersessel gerade in den Reihen der Mittelparteien ausserordentlich gross gewesen. Diese Tatsache lässt jedenfalls nicht auf eine Stimmung der Versöhnung schliessen, die sich mehr oder minder schnell mit dem neuen Stand der Dinge abzufinden bereit ist.

SPD, Washington, 23. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die republikanische Partei ist von einer schweren Krise bedroht. Die Möglichkeit der Gründung einer dritten Partei ist nicht ausgeschlossen.

Die Ursache der Krise bilden Enthüllungen im Bundessenat, nach denen die republikanische Parteileitung den erbitterten Wahlkampf gegen den republikanischen unabhängigen Senator Norris von Nebreskar und andere unabhängige republikanische Senatoren aus einem Geheimfonds unterstützt hat. Die unabhängigen Senatoren fordern deshalb den sofortigen Rücktritt des für die Wahlschiebungen verantwortlichen Bürodirektors Lucas der republikanischen Partei und machen die Spitzen der republikanischen Partei für die Manipulationen verantwortlich. Falls Lucas nicht sofort seines Amtes enthoben werde, habe die republikanische Partei als geschlossenes Ganzes zu existieren aufgehört. Scharfe Vorwürfe werden vor allem auch gegen Präsident Hoover erhoben.

Wahrscheinlich führt der Konflikt zunächst zur Absplitterung der unabhängigen Senatorengruppe von der republikanischen Partei und dann zur Gründung einer neuen liberalen Partei, für die man insbesondere aus dem republikanischen Lager wegen der starken Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik grösseren Zuzug erwartet.

SPD. Der Neubau der Reichskanzlei, der neben dem Bismarck-Palais, dem bisherigen Sitz der Reichskanzlei in der Wilhelmstrasse entstanden ist, wurde am Dienstag in Betrieb genommen. Das Bauwerk ist von den Architekten Jobst Siedler und Robert Kisch vollendet worden.

SPD. Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

In einem am Dienstag herausgegebenen ärztlichen Kommuniqué über das Befinden Poincarés heisst es, dass bei dem Kranken vor zwei Tagen eine leichte Rippenfellentzündung ausgebrochen sei, der Kranke sich jedoch wieder auf dem Wege der Besserung befinde. Am Dienstag sei dem Patienten zum erstenmal die Lektüre von Zeitungen gestattet worden.

SPD. Glogau, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der aus dem Prinz Lippe-Prozess bekannte Vorsitzende des erweiterten Schöffengerichts Glogau, Landgerichtsdirektor Lau, macht wieder einmal durch einen unbegreiflichen Freispruch von nationalsozialistischen Verleumdern von sich reden.

Angeklagt war der Gauführer der Nazis Kurt Kremser aus Breslau. In Neusal hatte er sich im April d.J. zu den schwersten Verleumdungen gegen die Republik die Minister und den Reichspräsidenten erdreistet. U.a. hatte er behauptet, die Republik bestände aus Meineid und Hochverrat und werde von fünf jüdischen Konzernen regiert. Der Aufruf des Reichspräsidenten über die Unterzeichnung des Youngplanes sei ebenso lügenhaft wie der der Volksbeauftragten von 1918.

Die Beweisaufnahme ergab die völlige Richtigkeit der in der Anklage niedgelegten Verleumdungen des Kremser. Infolgedessen hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte anstelle einer an sich verwirkten Strafe von zwei Monaten Gefängnis 300 Mark Geldstrafe. Trotzdem sprach Lau den Verleumder auf Kosten der Staatskasse frei. Die Angaben der Nazizeugen galten ihm mehr als die Aussagen der in der Versammlung anwesenden Polizeibeamten.

In seiner Urteilsbegründung erlaubte sich Herr Lau noch die Unverfrorenheit, zu sagen: "Die Revolution ist Meineid und Hochverrat, denn die Revolutionäre von 1918 haben durch Streik und Sperrung von Munitions- und Lebensmitteltransporten die Truppen wehrlos gemacht."

SPD. New York, 23. Dezember (Eig. Dr.)

Auf Grund von Zusammenstellungen der statistischen Abteilungen der sozialistischen Partei beläuft sich die gegenwärtige Zahl der New Yorker Arbeitslosen auf mindestens 700 000. Sie dürfte in den kommenden Wintermonaten Januar-März auf über 900 000 anschwellen. Angesichts der kritischen Wirtschaftszustände sind die Bemühungen der Sozialistischen Partei auf die beschleunigte Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung gerichtet. Der New Yorker Staatsgouverneur Roosevelt steht dem Plan wohlwollend gegenüber. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Sozialistischen Partei wird der im Januar zusammentretenden staatlichen gesetzgebenden Körperschaft zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Statistiken über die Arbeitslosigkeit in New York fördern die überaus interessante Tatsache zu Tage, dass die New Yorker Arbeitslosenziffer von 414 000 im November des Vorjahres auf 810 000 im August dieses Jahres angestiegen war. Die Herbstmonate brachten eine leichte Erholung, die sich in der Hauptsache aus verstärkter Tätigkeit in den Saisonindustrien erklärte, jetzt aber durch eine neueinsetzende Arbeitslosenwelle abgelöst worden ist.

SPD. München, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die "Münchener Post" berichtet von einem reichen Fang, den Reichsbannerleute bei Nationalsozialisten machten. Sie nahmen den Hakenkreuzlern ein ganzes Waffenlager ab und übergaben es ordnungsgemäss der Münchener Polizei-

direktion, Darunter befand sich ein komplettes Maschinengewehr mit 2 Kisten Munition für Hunderte von Schüssen, alle Ersatzteile, 2 Reserveläufe, ein Reserveschloss, Kühlkasten und Werkzeugkasten.

Die Münchener Polizei veröffentlicht zu der Meldung der "Münchener Post" eine reichlich verworrene Sachdarstellung. Sie muss die Behauptung der "Münchener Post" im grossen und ganzen bestätigen, bemerkt aber gleichzeitig, dass ihr der Standort des Maschinengewehrs schon vorher bekannt gewesen sei. Das Maschinengewehr sei schon am 14. Dezember von einem Reichsbannermann den Söhnen eines Werkmeisters unter unwahren Angaben herausgelockt und in einem Wald in der Nähe Münchens versteckt worden. Nun soll gegen die Reichsbannerleute, die die Waffen ordnungsgemäss ablieferten, ein Strafverfahren eingeleitet werden.

SPD. Die Kommunisten beabsichtigen am 24. Dezember fast in allen Teilen des Reichs sogenannte Hungerprozessionen. Die Kundgebungen sollen nach einheitlichen, von der Zentrale der KPD in Berlin offerierten Richtlinien, durchgeführt werden. Die Herren Bolschewisten sehnen sich nach neuem Klamauk!

Inzwischen sind in einem grossen Teil der deutschen Städte für den 24. Dezember alle Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten worden. In der Reichshauptstadt hat der Polizeipräsident über das bereits vor mehreren Tagen erlassene Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel hinaus durch die Bereitstellung verstärkter Polizeiaufgebote am Abend des 24. Dezember noch besondere Vorsorge zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffen.

SPD. Paris, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Weinernte Frankreichs betrug in diesem Jahre nach der amtlichen Statistik rund 42 Millionen Hektoliter gegen 62,9 Millionen Hektoliter im Vorjahre. Unter Einrechnung der noch unverkauften Bestände beziffert sich der Weinbestand Frankreichs auf insgesamt 48,2 (68,3) Millionen Hektoliter, wozu noch etwa 13 Millionen Hektoliter Kellerwein kommen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: "Nach den massgebenden Bestimmungen hat der Arbeitgeber die Bürgersteuer bei Lohnempfängern in zwei gleichen Raten bei der ersten, auf den 10. Januar 1931 und 10. März 1931 folgenden Lohnzahlung einzubehalten. Zur Erleichterung für die Arbeitnehmer hat der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit den Reichsratsausschüssen die Arbeitgeber ermächtigt, in den Fällen der Lohnzahlung für Zeiträume von nicht mehr als einer Woche den Abzug jeder der beiden Bürgersteuer-raten auf die Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis 24. Januar 1931 bzw. 11. bis 24. März 1931 zu verteilen. In den Fällen, in denen die Lohnzahlung wöchentlich am Freitag erfolgt, könnte, wenn von der Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, die eine Hälfte der Bürgersteuerrate bei der Lohnzahlung am Freitag, den 16. Januar und die andere Hälfte am Freitag, den 23. Januar einbehalten werden. Die einbehaltenen Beträge sind binnen einer Woche nach der letzten Lohnzahlung an die Gemeindekasse abzuführen."

SPD. Lahore, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag nachmittag wurde der Gouverneur der Provinz Punjab, de Montmorency, beim Verlassen der Universität, wo er einem Festakt beigewohnt hatte, durch zwei Streifschüsse verwundet. Das Attentat wurde offenbar von indischen Studenten ausgeführt. Mehrere Personen wurden verhaftet, doch steht noch nicht fest, ob sich der Täter unter ihnen befindet. In diesem Jahre wurden auf den Gouverneur bereits 2 Attentate verübt.

SPD. Anstelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Johannes Hoffmann (Soz) tritt - wie amtlich mitgeteilt wird - der Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm Wagner, Ludwigshafen a. Rh. (Soz) in den Reichstag ein.

SPD. Helsingfors, 23. Dezember (Eig. Dr.)

Die finnische Handelsflotte ist wiederum von einer schweren Schiffskatastrophe heimgesucht worden, die 5 Menschen das Leben kostete.

Der finnische Dampfer "Viri", der sich auf dem Wege von Rotterdam nach Helsingfors befand, geriet südlich von Oesel beim Filsand-Leuchtturm auf Grund. Um das Schiff wieder flott zu machen, wurden etwa 30 Arbeiter von der Insel Oesel an Bord genommen. Sie sollten die Koksladung über Bord werfen. Als die Arbeiten in vollem Gange waren, brach plötzlich ein furchtbarer Sturm aus, sodass die zur Hilfe herbeigeeilten Bergungsdampfer nicht an das Schiff herankommen konnten. Ein Teil der Besatzung suchte in einem Rettungsboot einen der Bergungsdampfer zu erreichen. Die Matrosen waren dem Bergungsdampfer bereits so nahe, dass die Schiffskatze an Bord des Dampfers geworfen werden konnte. In diesem Augenblick kenterte jedoch das Rettungsboot. 5 Mann der 23 Personen zählenden Besatzung wurden ein Opfer der Wellen. Der Rest der Besatzung und die 30 an Bord genommenen Arbeiter wurden am Dienstag in völlig erschöpftem Zustande von einem estnischen Passagierdampfer übernommen.

SPD. Der Rekord in Lärm- und Zwischenrufen im Parlament muss dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Schneider in Braunschweig zuerkannt werden. Er hat unlängst in einer einzigsten Sitzung des Landtags 97 rüpelhafte Zwischenrufe von sich gegeben.

SPD. Hannover, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Peiner Walzwerk und die Ilseder Hütte haben einen neuen Angriff gegen die Arbeiterschaft gerichtet, der angesichts des Weihnachtsfestes geradezu provozierend wirkt. Beide Werke haben ihren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 12. November 1930, der eine achtprozentige Lohnherabsetzung vorsieht, zurückgezogen und allen Arbeitern zum 3. Januar gekündigt. Sie erklären, dass sie den Inhalt des Schiedsspruches zum Gegenstand von Arbeitsverträgen mit den einzelnen Arbeitnehmern machen wollten. Würden sich dazu nicht genügend Arbeiter bereit finden, dann sollen die Betriebe stillgelegt werden.

SPD. Budapest, 23. Dezember (Eig. Dr.)

Am Sonntag und Montag haben in Budapest die Gemeindewahlen stattgefunden. Die Stimmzählung ist bisher noch nicht beendet. Die vorliegenden Teilergebnisse lassen jedoch überall einen Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie erkennen.

Die Zahl der Stadtverordneten ist inzwischen von 250 auf 150 herabgesetzt worden. Von diesen 150 Mandaten dürfte die Sozialdemokratie 37 erhalten. Nach der Stimmzahl ist sie voraussichtlich die stärkste Partei. Im Gemeinderat wird sie nach den Christlichsozialen, die 45 Mandate erhalten werden, als zweitstärkste Partei rangieren. Die liberaldemokratische Opposition hat ebenfalls grosse Fortschritte gemacht. Die Regierungsparteien dürften von den 150 Mandaten 67 erhalten, die Opposition 83. Allerdings gehören dem Gemeinderat ausser den 150 gewählten Stadtverordneten noch 80 ernannte Mitglieder an, sodass trotz des Sieges der Opposition die Regierungsparteien im Budapester Gemeinderat die Mehrheit behalten werden.

SPD. Danzig, 23. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien zur Neubildung des Senats stehen nach wochenlangem Hin und Her endlich vor dem Abschluss. Der bisherige Präsident des Senats Dr. Sahm kehrt nicht wieder. An seine Stelle tritt der von den Deutschnationalen in Vorschlag gebrachte Staatsrat Dr. Ziehm. Das Zentrum hat sich den deutschnationalen Wünschen gefügt, nachdem ihm der Posten des der Personalabteilung vorstehenden Vizepräsidenten des Senats zugesichert wurde. Unentschieden ist vorläufig noch der Streit um die Besetzung des Postens des Kultussenats.

Die Nationalsozialisten haben der kommenden Rechtsregierung mit Einschluss des Zentrums, bereits ihre Unterstützung zugesagt!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Kein Boden unter den Füssen.

SPD. Ein 17jähriger Tischlerlehrling in Berlin hat sich vergiftet, weil er aus seiner Lehrstelle aus noch unbekanntem Gründen plötzlich entlassen worden war.

Der Junge war 17 Jahre alt. Überlegen wir, was das heisst. Er wurde im Jahre 1917 geboren. Seine früheste Kindheit fiel in die Kriegszeit. Das heisst bei einem Arbeiterkind: Hunger, Hunger in allen Graden! Als der Krieg zu Ende war, war der Junge 5 Jahre alt. Es kamen die ersten Nachkriegsjahre voll innerer Verwirrung, in denen die Ausplünderung des Landes durch Krieg und Blockade noch nachwirkte. Also abermals: Hunger! Dann die Jahre der Inflation, in denen zuletzt ein Laib Brot einen vollen Wochenlohn kostet. Wieder Hunger! Am Ende der Inflation war der Junge 11 Jahre alt. 1927 kam er aus der Schule und in die Lehre. 1929 setzte die grosse Krise ein, Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Not. 1930 mit 17 Jahren auf die Strasse geschmissen.

Man ahnt, unter welchen entsetzlichen Bedingungen die 17jährigen von heute aufgewachsen sind, welche schwersten Schädigungen sie durch den Hunger ihrer Kinderjahre erlitten haben. Und das Geistige?

Wie sieht der 17jährige von heute die Welt an, welchen Wert und welchen Sinn hat für ihn das Leben, woher soll er festen Boden unter den Füssen spüren? Der junge Tischlerlehrling hat keinen Boden unter den Füssen gespürt. Ohne Mut ohne Erwartungen, ohne Hoffnung hat er in die Zukunft gesehen. Die 17 Jahre, die er durchlebt hat, haben ihn die kommenden Jahre nicht lebenswert erscheinen lassen.

Wieviele seiner Altersgenossen mögen verzweifelt umhergehen und den gleichen Schritt erwägen?

Gebt ihnen festen Boden unter die Füsse, eine Hoffnung, und den Glauben, dass die Zukunft besser sein werde. Zeigt ihnen das sozialistische Ideal, damit sie leben wollen, um an grossen Zielen zu arbeiten!

Der verbrannte Remarque.

Die Stahlhelmortsgruppe hatte nat das bei allen Kriegshetzern verhasste Buch "Im Westen nichts Neues" von Remarque öffentlich verbrannt. Wenn es eine Buchzensur in Deutschland gäbe, so würde dies Buch ebenso auf den Index gesetzt werden wie der danach hergestellte Film.

Angesichts der bornierten Gesinnung der Kriegshetzer in Deutschland und der Verseuchung öffentlicher Stellen durch ihresgleichen darf daran kein Zweifel geäussert werden. Tatsache ist aber, dass dieses Buch in einer Millionenaufgabe verbreitet ist. Ein Buch, das also der Gesinnung weitester Bevölkerungskreise entspricht, das von vielen Hunderttausenden von Frontsoldaten als wahrhaft und echt gebilligt wird, würde verboten werden, wenn der Stahlhelm und seinesgleichen die Macht dazu hätten.

Aber, Ihr Herrschaften vom Stahlhelm, es gibt noch andere Bücher in Deutschland, die nicht minder den Krieg in seiner Sinnlosigkeit, seiner Unmenschlichkeit, seinem Grauen aufzeigen. Kennen Sie die vom Reichsarchiv herausgegebenen Einzeldarstellungen des Weltkrieges? Haben Sie die Darstellungen der Schlachten vor Verdun, insbesondere das Buch Douaumont gelesen? Glauben Sie, dass diese Bücher jene falsche ahnungslose Kriegsbegeisterung hervorrufen, die Sie durch Ihre Paraden und Ihre erbärmlich verlogenen Filme erzeu-

gen wollen?

Wann werden Sie anfangen, auch diese Bücher und mit ihnen jede ehrliche und wahrhafte Darstellung des Krieges, wie er ist, auf öffentlichem Markte zu verbrennen?

An ihren Anzeigen sollt ihr sie erkennen!

Der Kreis um Heinrich von Gleichen gibt eine konservative Wochenschrift mit dem Titel "Der Ring" heraus. Sie bemüht sich, die rechtsradikale Agitation gegen die Republik nach Kräften zu unterstützen. Wer ist dieser Kreis, wie ist seine soziale Stellung, was mögen seine wahren Ziele sein? Es genügt, einen Blick über die Seiten der Zeitschrift hinweggleiten zu lassen, und man wird wissen, woran man ist. Vorne die Devise: "Statt uns emporzusparen, versuchen wir, uns emporzuborgen". Dann die Inserate: "Austern, Kaviar, Hummern, Helgoländer Blue Points in bekannt feinsten Qualität, Austernimporthaus." - "Sylvester nur bei Kroll" - "Mattheus Müller-Eltville, die fein gepflegten Sektmarken". - Das ist der Inseratenbestand dieser Zeitschrift. Wissen Sie nun, welche Kreise sich für den Kampf gegen die Republik interessieren?

Vom bayerischen Muckertum.

Der klerikale "Bayerische Kurier" beschwert sich über einen unerhörten Vorfall bei der Weihnachtsfeier der Arbeitsgemeinschaft der Traunsteiner militärischen Vereine zugunsten der Kriegsoffer. Es trat dabei eine Turnergruppe auf, die nur mit einer dreispitzigen Badehose bekleidet war. Die Entrüstung darüber brandet auf:

"Ein starkes Stück, die stille Entrüstung, die von Ohr zu Ohr raunt, geht durch die Stadt. Wohl darf man zugunsten der Leitung jener Arbeitsgemeinschaft annehmen, dass sie von dem Vorhaben jener Turnergruppe nicht so fest wusste. Sonst müsste man sagen: Wo geht die Reise hin, sind wir noch christlich oder ist auch Moskau schon gekrönt?

Ob die bayerischen Mucker in Traunstein und in München wohl glauben, dass der liebe Gott bei der Geburt Christi ein weiteres Wunder getan und ihn vollständig bekleidet von Kopf bis zu den Füßen hat auf die Welt kommen lassen

+

Die organisierten Metallarbeiter von Garching in Bayern wollten einen Märchen-Lichtbildervortrag in der Schulaula in Garching für ihre Kinder abhalten lassen. Die Schulaula wurde ihnen zur Verfügung gestellt, aber kurz vor der Aufführung erhielten sie plötzlich die amtliche Mitteilung vom Gemeinderat, dass der Lichtbildervortrag in der Schulaula verboten wäre. Was war es, was die Dunkelmänner von Garching verbieten wollten? Es waren die Märchen Hänsel und Gretel, Rotkäppchen, Aschenputtel, Dornröschen und Schneewittchen. Es geht nichts über einen echten bayerischen Finsterling!

Moral beim Hakenkreuz.

Der Nationalsozialist Otto Kurz, der Herausgeber des "oberpfälzisch-Niederbayerischen Beobachters", hat die Nationalsozialisten Streifinger und Stubenrauch, Herausgeber des Regensburger "Tagblatts" und der Straubinger "Abendpost" wegen Unterschlagung und Betrug bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Folge war eine nationalsozialistische Ehrengerichtssitzung. Kurz teilt darüber in einem Flugblatt mit: "Der Erfolg dieser Sitzung war ein unerwarteter. Er hat meine Meinung über das von den Nationalsozialisten geübte Rechtsempfinden grundlegend geändert. Ich habe denn auch diese Sitzung mit der Erklärung meines Austritts vorzeitig verlassen."

Das scheint also einen fetten Skandal zu geben. Unterschlagung, Betrug, Staatsanwalt, Ehrengericht, Parteiaustritt - Moral beim Hakenkreuz!

aus aller Welt

Die Kartothek der Kunst.

SPD. Ab 1. Januar 1931 verschwinden die privaten Künstleragenturen. An ihre Stelle treten die "Pareenna", die die Vermittlung für Zirkus, Variété, Kabarett und für die Musikerkapellen besorgt, und die "Bühna", die die Kräfte für Schauspiel, Oper und Operette beschafft.

Der Agent der Künstler hat ausgespielt. Die neue Regelung, durch die die allgemeine Arbeitsvermittlung für Künstler der "Pareenna" und "Bühna" übertrager wird, ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Einmal ist aus rein organisatorischer Gründen unbedingt eine Vereinfachung des bisher geübten Systems notwendig. Ferner aber ist anzunehmen, dass nun endlich zahllose unsoziale Begleiterscheinungen verschwinden werden: die Ausnutzung wirtschaftlich Schwacher, an denen mehr oder minder häufig die Durchführung moralischer und finanzieller Erpressungen, oft genug auch mit Erfolg, versucht wurde.

Scheuerbürsten und Schauspieler...

Die Zahl der Agenten, die bei ihrer Tätigkeit von starkem Kunstgefühl und Verantwortungsbewusstsein getrieben wurden, war in den letzten Jahrzehnten bedeutend gesunken. Die zunehmende Kapitalisierung der Zeit fand eine absolute Parallelerscheinung in der immer weiter gehenden Kapitalisierung des Zeitspiegels: der Kunst. Mehr und mehr wurde der Agent zum gewöhnlichen Provisionsreisenden, der sich von vielen anderen seines Berufes nur dadurch unterschied, dass er eben nicht mit Scheuerbürsten oder Wurstwaren handelte, sondern mit Artisten oder Schauspielern.

Die Tätigkeit bei den Variété- und Kabarett-Agenturen spielt sich, wenn alles glatt und nicht auf intimeren Wegen geht, bis zum heutigen Tage ungefähr so ab: die engagementssuchenden Künstler kommen zu den Agenten, erzählen von ihren Fähigkeiten, ihrem Fach, ihrer "Nummer", bringen dem Agenten ihre Fotos und bitten ihn, für sie tätig zu sein. Sie setzen eine gewisse Gagenhöhe fest, die sie verdienen müssen und die der Agent bei der Direktion erzielen muss. Hiervon bekommt der Agent eine Provision und zwar 10 %. Sehr oft arbeiten Agenten aber nur für die Künstler, wenn sie einen gewissen "Spesenersatz", auf deutsch "Schmiergeld" erhalten. Auf diese Weise geschah es, dass immer wieder die gleichen Künstler gute Engagements von den Agenten zugeschanzt bekamen - diejenigen, die den höchsten "Spesenersatz" zahlten -; die anderen aber, denen dieses System nicht behagte, oder die bei zu geringer Gage garnicht dazu imstande waren, noch extra hohe Ausgaben für die Vermittlung zu zahlen, mussten sehen, wie sie sich selbst Engagements verschafften - und oft genug hatten sie wirklich nur das Nachsehen.

Die Arbeitsvermittlung bei Bühnenkünstlern ist im Grunde ähnlich. Meistens vermitteln Agenten Engagements aufgrund des flüchtigen Eindrucks, den sie durch Vorsprechen einiger Bühnenszenen von den Künstlern und Künstlerinnen gewinnen konnten. Agenten, die kunstbegeistert genug sind, um im Reiche umherzufahren und die Schauspieler auf der Bühne anzusehen, gibt es heute fast überhaupt nicht mehr.

Endlich Staatskontrolle!

Das freie Agententum ist nun aufgelöst. Die "Pareenna", der paritätische

Engagementsnachweis für Artisten, wird in Zukunft die Vermittlerrolle zwischen Direktion und Artisten übernehmen, die "Bühna" die entsprechende Rolle zwischen Direktionen und Schauspielern.

Die Pareenna hat bereits 4 Filialen: Hamburg, Leipzig, Düsseldorf und München die Bühna zwei: in Mainz und München. Die Vermittlung ist Sache der Berufsorganisationen. Die beiden Nachweise stehen zwar unter der Oberaufsicht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, sie haben aber keinen amtlichen Charakter. Die Finanzierung der Pareenna und Bühna ist zunächst in Form von Darlehen von der Reichsanstalt bis zum Jahre 1932 gesichert. Von da ab glaubt man, dass sie auf eigenen Füßen stehen können. Künftig kann auch ein kleiner unbemittelter Schauspieler oder Artist auf Vermittlung rechnen, da das Provisions- und Schmiergeldersystem beseitigt ist. Die Vermittlungsgebühr beträgt bei der Bühna allgemein 5 %, bei der Pareenna für das Inland 4 und für das Ausland 5 %. Die Höchstgrenze ist 5 %. Die Gebührenfestsetzung erfolgt nur im Einvernehmen mit der Reichsanstalt. Der Gebührensatz soll, sobald die Finanzlage der Institute es gestattet, eine Herabsetzung erfahren. Die beiden Nachweise sind - das ist der Kern der Neuerung, - nicht mehr private Erwerbsquellen, sondern gemeinnützige Unternehmungen.

Selbstverständlich müssen die Unternehmen über eine grosse Anzahl Angestellter verfügen. Ein ziemlich erheblicher Prozentsatz der ehemaligen Agenten, zu gleichen Teilen aber auch ehemalige Direktoren - daher "paritätisch" - sind als Vermittler angestellt worden. Die erste Voraussetzung für ihre Anstellung ist jedoch, dass sie sich verpflichten müssen, keinerlei "Spesenersatz" mehr anzunehmen. Wer dies doch tun sollte, fliegt unweigerlich heraus und kann wegen Bestechung strafrechtlich belangt werden.

Die Kunst im Schrank.

Ein Besuch auf der "Pareenna" ist recht interessant. Ihre Arbeit baut sich vor allem auf ihrer ausserordentlich gut organisierten Kartothek auf. Grosse Schränke enthalten nach Gruppen geordnet die Bilder der Artisten, die gleichzeitig nach freien Daten, ständigen Adressen, Gegenforderungen, Adressen des jeweiligen Engagements und Art der Darbietung entsprechend zu den Bildern registriert sind.

Die Gruppeneinteilung der Kartothek entspricht der Vielfalt des Aufgabengebietes der "Pareenna". Es gibt da die Abteilungen "Gross Variété", die nur mit den ganz grossen deutschen und internationalen Häusern arbeiten, die Abteilung "Zirkus", die Abteilung "Mittelvariété", die auch die Cabarets und kleineren Tanzpaläste umfasst, die Kinoabteilung usw. Im allgemeinen ist der Besuch des Artisten - wenn er engagementslos ist - gar nicht notwendig, sein Material und seine Angaben liegen in der Kartothek und der Gang der Vermittlung vollzieht sich so, dass die Direktoren angeben, was für Künstler sie für den kommenden Monat benötigen, was sie für Gagen zahlen können etc. Dann wird ihnen an Hand der Kartothek - entsprechend der Eigenart ihres Hauses - in der gewünschten Preislage, unter Beifügung von Fotos - der betreffende Artist offeriert. Der Direktor sucht sich unter den Offerten diejenigen heraus, die ihm am besten gefallen, die Verträge werden ausgetauscht, und so geht alles völlig nach dem Schema und keiner wird bevorzugt oder benachteiligt.

Kein Zweifel, dass in den kommenden Monaten die Arbeit der "Pareenna" und "Bühna" ins Unermessliche ansteigen wird. Es wird nicht leicht sein, den gestellten Anforderungen gewachsen zu sein, aber immerhin wird die Möglichkeit dazu bestehen, wenn alle Funktionäre dieser so wichtigen Arbeitsvermittlung sich der grossen sozialen Aufgabe bewusst sind, die ihnen hier gestellt wird. In der Praxis werden dann "Pareenna" und "Bühna" nicht nur eine blosse Arbeitsvermittlung sein, sondern auch Schutzanstalten gegen Ausbeutung und gemeinnützige Institutionen auf einem Gebiete, in dem sich bisher der schrankenloseste Individualismus im Sinn und Unsinn des kapitalistischen Zeitalters austoben konnte.

+ + +

Flucht eines Todeskandidaten. Der am Montag in New Jersey zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilte 22jährige Mörder Charles Fithian ist in der Nacht zum Dienstag aus dem Gefängnis ausgebrochen. Ein eingeschmuggelter Revolver ermöglichte ihm, seine Mitgefangenen einzuschüchtern. Der Fluchtweg führte über die Dächer des Gefängnisses in ein bereitstehendes Automobil. Fithian, dessen Ausbruch von einer jüngeren Schwester des Mörders, die gleichfalls flüchtig ist, vorbereitet war, gewann vor seinen Verfolgern einen Vorsprung von mehreren Stunden.

+ + +

Marga von Etzdorf verunglückt. Die bekannte deutsche Meisterfliegerin Marga von Etzdorf erlitt mit ihrem Flugzeug nahe Catania auf Sizilien einen schweren Unfall. Die Fliegerin war mit ihrer Junkermaschine von Tunis abgeflogen und hoffte, in wenigen Stunden das nächste Etappenziel ihrer Rundreise, die bereits nach Algier und Teneriffa geführt hatte, zu erreichen. Ein Unwetter zwang die Pilotin zur Notlandung an der sizilianischen Küste. Als die Fliegerin später ihren Etappenflug fortsetzen wollte, arbeitete der Motor nicht gut, die Maschine erhob sich nur schwer vom Boden und raste schliesslich gegen eine Mauer. Das Flugzeug wurde zertrümmert, Marga von Etzdorf im Gesicht beträchtlich verletzt.

+ + +

Festgenommene Geldschrankknacker. Unter aufregenden Umständen und mit Hilfe des Polizeifunks wurden in der Nähe von Potsdam die beiden Geldschrankknacker Eckelmann und Trebusch, zwei bekannte Ein- und Ausbruchsspezialisten, abgefasst und verhaftet. Beide hatten in der Nacht zum vergangenen Sonntag in Würzburg die Geldschränke eines Warenhauses geplündert und 39 000 Mark geraubt. Als sie abzogen, vergassen sie ein Feuerzeug, eine Gastspende eines Berliner Weinhauses. Dieses Feuerzeug führte die Polizei auf die Spur. Durch Polizeifunk wurde festgestellt, dass die Verbrecher im Auto ihren Weg nach Leipzig genommen hatten. Hier war, wie später auch in Wittenberg, der Wagen gewechselt worden. Die Vermutung, dass die Verbrecher nach Berlin fahren würden, trog nicht. An der Wittenberg-Berliner Chaussee und zwar in der Nähe von Michendorf bei Potsdam erzwangen Beamte der Potsdamer Kriminalpolizei mit der Waffe in der Hand das Halten des Autos. Im Innern der Limousine sassen Trebusch und Eckelmann. Der von ihnen mitgeführte Rucksack enthielt ungefähr 35 000 Mark Papier- und Silbergeld und Einbruchswerkzeuge. Die Verbrecher gestanden ihre Identität mit den Gesuchten erst, nachdem der Erkennungsdienst des Berliner Polizeipräsidiums sie aufgrund der Fingerabdrücke überführt hatte. Trebusch ist schon 12 Mal vorbestraft, Eckelmann, von Beruf Schlosser und mehr die technische Kraft des Unternehmens, nicht viel weniger. Trebusch war im Jahre 1928 aus der Strafanstalt Luckau ausgebrochen, Eckelmann aus dem Zuchthaus Sonnenburg.

+ + +

Gott und die Politik. In Duisburg veranstalteten 200 Männer und Frauen als Antwort auf die Ablehnung eines kommunistischen Antrags für eine Winterbeihilfe durch das Zentrum mit einer Musikkapelle einen Umzug bis vor das Landesgericht, um dort geschlossen den Austritt aus der Kirche zu erklären. Mitgeführte Transparente verkündeten den Sinn der Protestdemonstration.

+ + +

Ein phantasiereicher Schwindler. Ein erfindungsreicher Schwindler wurde am Dienstag von dem Pariser Strafgericht in der Person des Algeriers Ben Hamisch zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Übeltäter hatte dem ehemaligen Sultan von Marokko Muley Haffid, der in einem Pariser Vorort im Exil lebt, ein gebrauchtes Auto abgekauft, aber nie bezahlt. Den Wagen hatte der Schwindler in einem Pariser Pfandhaus beleihen lassen. Ferner hat er angeblich für Rechnung des Pariser Polizeipräfekten eine Auswahl kostbarer Ringe bei einem Pariser Juwelier bestellt. Dabei trieb der Schwindler seine Verwegenheit so weit, dass er unter den Augen der Polizei im Vorzimmer des Präfekten mit dem Kaufmann verhandelte und ihm dort seine Auswahl aus der Hand nahm. Endlich hatte der Schwindler

auch noch eine öffentliche Sammlung für den festlichen Empfang der französische Ozeanflieger Coste und Bellonte veranstaltet, natürlich nur, um die eingegangene Summe in seine eigene Tasche zu stecken.

+ + +

Brand im Schacht. Auf der früheren staatlichen Zeche Bergmannsglück in Gel senkirchen-Buer brach am Dienstag infolge Kabelbrandes in der nordöstlichen Richtstrecke der zweiten Sohle ein Grubenbrand aus, der die Belegschaft zur Ausfahrt zwang. Vier Bergleute wurden gasvergiftet, sind aber ausser Lebensgefahr. Der Brand konnte gelöscht werden.

+ + +

Seehund in der Seine. Am Dienstag erschien zur grossen Ueberraschung zahlreicher Neugieriger in der Seine in Paris ein Seehund, der sich augenscheinlich von seinen heimatlichen Gefilden bis nach Paris verirrt hatte. Eine Nachforschung bei den Zoologischen Gärten und den Zirkusbühnen ergab jedenfalls, dass dort kein Seehund ausgerissen war. Die Flusspolizei machte stundenlang auf das Tier Jagd, konnte jedoch seiner nicht habhaft werden.

+ + +

Zwei Dramen der Zeit. Vom Schwurgericht Rudolstadt wurde die Ehefrau Marie Seifert aus Pössneck wegen vorsätzlich versuchter Tötung ihres 9jährigen Sohnes zu vier Monaten Gefängnis mit teilweisem Strafaufschub und Bewährungsfrist verurteilt. Die Angeklagte hatte auf Grund misslicher häuslicher Verhältnisse, die offenbar weniger wirtschaftlich als seelisch bedingt waren, gemeinsam mit dem Kind in den Tod gehen wollen. Durch rechtzeitiges Eingreifen von Wohnungsnachbarn war der Selbstmordversuch ebenso wie die versuchte Tötung verhindert wurden.

Parallel gelagert ist das Thema einer Verhandlung in Fürth: hier wurde vom Schwurgericht wegen fünffachen Totschlagversuchs der Arbeiter Friedrich Salomon unter Zubilligung mildernder Umstände gleichfalls zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. Salomon hatte am 13. Juni dieses Jahres den Versuch unternommen, sich und seinen fünf Kindern durch Einatmen von Gas das Leben zu nehmen, nachdem ein kurz vorher unternommener Selbstmordversuch durch einen Strassenpassanten vereitelt worden war. Die Angeklagte beging die Tat, nachdem er sich wiederholt mit 20 Gläsern Bier den Mut zum Tode angetrunken hatte. Wirtschaftliche Gründe waren hier das Motiv der Tat. Selbst wenn nicht rechtzeitig von anderer Seite eingegriffen worden wäre, würde die beabsichtigte Flucht aus dem Leben misslungen sein, da das Oberlichtfenster offenstand, sodass das todbringende Gas entweichen konnte. Juristisch gesprochen handelte es sich also hier um einen Mord- und Selbstmordversuch mit untauglichen Mitteln. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft glaubte die Bestrafung des Täters aufgrund der reichsgerichtlichen Rechtsprechung verlangen zu müssen. Kritik am Urteil, das entsprechend ausfiel, ist aber insofern berechtigt, als der Täter (wenn auch in unglaublicher Weise) geltend machte, dass der ganze Mord- und Selbstmordversuch von ihm nur Komödie gewesen sei. Dadurch fällt aber das Kriterium des Paragrafen 212 des St.G.B. (die Tötungsabsicht, die dem Täter nachgewiesen werden muss) in sich zusammen. Nach der herrschenden Rechtsprechung hätte das Gericht die Schutzbehauptung des Angeklagten überzeugend widerlegen müssen, was wohl im Hinblick auf das geöffnete Oberfenster garnicht so einfach gewesen wäre. Ausserdem hätte dem Angeklagten ohne weiteres der Zustand der "Bewusstseinstäubung" zugute gerechnet werden können, in dem sich zweifellos ein Mensch befindet, nachdem er etwa fünf Liter Bier zu sich genommen hat. Eine derart psychologische Beleuchtung der Tat wäre auch um so angebrachter gewesen, als es sich hier um einen geistig minderwertigen, im höchsten Grade unterernährten Ssychopathen und Epileptiker handelte. Klassenjustiz? Klassenjustiz!

+ + +

Bluttat auf der Landstrasse. Auf der Chaussee Seehausen-Werben (Provinz Sachsen) wurde der Händler Karl Schmook aus Magdeburg das Opfer eines Raubmordes. Vom Täter fehlt jede Spur.

+ + +
Zwei Kinder ertrunken. In Wartenberg (Neumark) fuhr ein mit zwei Kindern, den Töchterchen eines Rittergutsbesitzers und eines Arbeiters, besetzter Schlitten auf die dünne Decke des Dorfteiches und brach ein. Beide Kinder ertranken.

+ + +
Werkspionage für die Sowjets? Vom Amtsgericht Berlin-Mitte wurde der 27 jährige russische Ingenieur Woloditscheff wegen Unterschlagungen und Hehlerei, zu einem Monat und 10 Tagen Gefängnis, der 20 jährige Techniker Michalk wegen Unterschlagung und Betruges zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Anklage legte den Verurteilten, die seit dem Jahre 1927 bei Siemens & Halske angestellt waren, zur Last, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Firma Siemens & Halske unbefugt und zu unerlaubten Zwecken benutzt zu haben. Als Woloditscheff in den Verdacht der Werkspionage geraten war, wurde in seiner Wohnung eine Haus-suchung vorgenommen, in deren Verlauf Zeichnungen, Modelle und Schablonen der Firma Siemens entdeckt wurden. Ein Sachverständiger der Firma Siemens erklärte, dass unbedingt ein Fall von Werkspionage vorliege. Das Gericht betonte jedoch in der Urteilsbegründung, dass mehr als Hehlerei und Unterschlagung nicht nachgewiesen werden konnten.

+ + +
Fall Bullerjahn vor der Aufklärung? In Sachen des vermutlich zu Unrecht wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Lagerverwalters Bullerjahn fand im Reichsjustizministerium eine Besprechung zwischen dem Rechts-anwalt Dr. Kurt Rosenfeld, dem Verteidiger Bullerjahns, und Staatssekretär Joel als Verweser der Reichsjustizverwaltung statt. Das Reichsjustizministe-rium will nunmehr den Anregungen der Verteidigung, die auf ein Wiederaufnah-meverfahren hinarbeitet, Folge leisten.

+ + +
Selbstmordverein der Schüler. In Krems (Niederösterreich) schlossen sich eine Anzahl von Mitschülern und Mittelschülerinnen zu einem Selbstmörderklub zusammen. Der Verein hatte strenge Statuten, durch die u.a. die Höhe der Mit-gliedsbeiträge, für die Waffen und Munition gekauft wurden, festgesetzt worden war. Jedes Mitglied sollte sofort die Möglichkeit zum Sterben haben. Als er-ster machte ein 15 jähriger Realschüler von dieser erschütternden Möglichkeit Gebrauch, der sich das Leben nahm, weil er ein schlechtes Schulzeugnis erhal-ten hatte. Er schoss sich eine Kugel in den Kopf und starb.

+ + +
Ertappte Kaffeeschmuggler. Zollbeamte im Vaalser Quartier an der deutsch-belgischen Grenze nahmen einen Personenkraftwagen in Beschlag, der in ganz raffiniertes Weise zum Kaffeeschmuggel eingerichtet war. Erst nach zwei Stun-den gelang es den Beamten bei der Untersuchung des Wagens, das geheime Versteck für die Schmuggelware zu finden. Vorn an der rechten Seite des Autos befand sich ein kleiner Benzintank, in dem der Betriebsstoff für den Wagen enthalten war. Der eigentliche 80 Liter grosse Tank im hinteren Teil des Wagens diente als Schmuggellager. Mit dem Wagen wurde seit Oktober täglich mindestens einmal, manchmal sogar mehrere Fahrten unternommen und dabei jedesmal zweieinhalb Zent-ner Kaffee geschmuggelt, was auf jeder Fahrt eine Zollhinterziehung von 200 Mark ausmachte.

+ + +

Gefängnis als Andenken. Ein unangenehmes aber wohlverdienstes Abenteuer widerfuhr zwei englischen Sportdamen in Boulogne-sur-Mer. Die beiden hatten auf ihrer Privatjacht "Rosemarie" eine Kreuzerfahrt von der französischen Riviera nach Boulogne unternommen und unterwegs in Hotels kleine Gegenstände, wie Taschen, Teller, Messer, Gabeln, Löffel usw. als "Reiseandenken" mitgehen heissen. Bei der Zollabfertigung in Boulogne wurde ein grosses Lager derart gestohlener Erinnerungstücke gefunden. Die beiden modernen Diebinnen wurden von dem Boulogner Strafgericht zu zwei Monate Gefängnis und 50 Franken Geldstrafe verurteilt.

+ + +
Misslungener Lohnraub. Auf der Schachtanlage Friedrich Thyssen I/VI. in Hamborn versuchten zwei maskierte und mit Pistolen bewaffnete Bergleute am Dienstag die Lohngehälter in Höhe von 21 000 Mark aus dem Kassenraum zu rauben. Als die Verbrecher aus ihrem Versteck hervordrangen, setzten sich die Kassenbeamten zur Wehr und überwältigten die Räuber, von denen einer mit einem Stuhlbein niedergeschlagen und schwer verletzt wurde.

+ + +
"Do X" ab 15. Januar flugbereit? Das Flugschiff "Do X", dessen linkes Tragdeck vor einigen Wochen durch Brand schwer beschädigt wurde und zurzeit im Flughafen Lissabon liegt, soll ab 15. Januar wieder flugklar sein und seine Reise über die Kanarischen- und Kap Verdischen Inseln nach Südamerika und schliesslich nach New York fortsetzen.

+ + +
30 000 verlorene Regenschirme. Nach einer Statistik des Pariser Fundbüros sind im vergangenen Jahre nicht weniger als 176 000 der verschiedensten Gegenstände in Paris verloren gegangen und wieder gefunden worden. Das Hauptkontingent stellt der Regenschirm, der in der Statistik in der stattlichen Zahl von rund 30 000 auftritt. Fast ebenso hoch ist die Ziffer der verlorenen Handtaschen und Aktenmappen. Die Nachfrage nach den gefundenen Gegenständen ist nach der Auskunft des Fundbüros sehr gering. So seien eine sehr grosse Anzahl wertvoller Schmuckgegenstände nicht reklamiert worden. Dagegen sprachen alltäglich mehrere Dichter, Schriftsteller oder Gelehrte beim Fundbüro vor, um nach verlorenen Manuskripten zu fragen. Meistens sei dies jedoch vergeblich, denn gefundene Manuskripte würden am wenigsten abgeliefert.

+ + +
Die "Oberon"-Katastrophe. Die dänische Zeitung "Berlinske Tidende" veröffentlicht eine Unterredung mit Kapitän Erick Hjeltd, dem Kommandanten des finnischen Dampfers "Oberon", der vor wenigen Tagen von dem finnischen Schiff "Arcturus" im dichten Nebel gerammt wurde und schliesslich sank, 48 Menschen kamen ums Leben. U.a. erklärte Hjeltd: "Ich stand auf der Brücke und gab sofort Befehl zum Aussetzen aller Rettungsboote. Alle wasserdichten Schotten des Schiffes wurden geschlossen. Nach 30 Sekunden hatte die "Oberon" Schlagseite von 30 Grad. Durch diese starke Schlagseite wurde es den Passagieren unmöglich, aus den Kajüten herauszukommen. Dass mehr Mitglieder der Besatzung gerettet wurden, liegt daran, dass die Mannschaften meist auf Deck untergebracht und mit der Richtung des Schiffes besser vertraut sind. Nach einer Minute lief das Wasser in den Schornstein der "Oberon". Als sich das Schiff zur Seite legte, konnte man kurze Zeit auf der nach oben gerichteten Backbordseite entlang gehen. Schliesslich verschwand der Rumpf des Schiffes unter meinen Füssen. Ich schwamm umher, um meine Frau zu suchen, aber vergebens. Niemand konnte sich länger als 20 Minuten in dem kalten Wasser am Leben erhalten. Meine Tochter erfror in meinen Armen. Explosionen irgendwelcher Art haben auf dem Schiff nicht stattgefunden."

+ + +
Film "1914" verboten. Die Berliner Filmprüfstelle hat aufgrund eines Gutachtens des Auswärtigen Amtes abermals ein Filmverbot erlassen. Es handelt sich um "1914" von Richard Oswald, dessen grandiose und sachliche Dreyfus-Tonfilm-Reportage kaum den Schluss zulassen dürfte, dass es sich hier um ein einseitig tendenziöses Machwerk handelt.



Schieles Weihnachtsgeschenk.

Dem Ausland billigen Zucker. Dem deutschen Landwirt und dem deutschen Verbraucher die Kontingentierung.

SPD. Während auf dem Weltmarkt der Zuckerpreis seit Jahren andauernd fällt, ist er in Deutschland durch wiederholte Erhöhung der Zölle verhältnismässig stabil geblieben. 1928 wurde in einem neuen Zuckergesetz der deutschen Zuckerindustrie der Inlandsmarkt durch Zollerhöhung gesichert, gleichzeitig aber als Schutz des Verbrauchers ein Höchstpreis eingeführt. Durch organisatorischen Zusammenschluss der Zuckerindustrie wurde dieser Höchstpreis annähernd eingehalten. Die Spanne zum Weltmarktpreis vergrösserte sich daher immer mehr. In der Gegenwart beträgt der deutsche Grosshandelspreis rund 300 % des Weltmarktpreises. Die Belastung des Verbrauchers gegenüber dem Weltmarktpreis beträgt 300 - 400 Millionen Mark im Jahr.

Die Verständigung über den Zuckerpreis zwischen Verbraucher und Erzeuger im Jahre 1928 hat sich insofern bewährt, als sie stabile Wirtschaftsverhältnisse schuf. Sie bedeutet aber gleichzeitig einen schweren Fehlschlag, weil die Forderung der Sozialdemokratie, den Zuckermaximalpreis nicht auf RM. 21.-, sondern auf RM. 18.- festzusetzen, vom Reichstag nicht angenommen worden ist. Nach Meinung der Zuckerindustrie hätte eine Festsetzung auf RM. 18.- einen Zusammenbruch der Zuckerwirtschaft herbeigeführt. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der Höchstpreis von RM. 21.- hat dazu geführt, dass der Zuckerkonsum im letzten Jahr nicht mehr zugenommen hat, sondern sogar stark zurückgegangen ist. Er hat aber andererseits einen ausserordentlich starken Anreiz zur Steigerung des Rübenanbaues und der Zuckerproduktion gegeben. Die steigende Erzeugung hat aber nicht durch Vermehrung des Angebots zu einem Preisdruck im Inland geführt, denn der nicht zu dem festgesetzten Höchstpreis von RM. 21.- in Deutschland verkäufliche Zucker wird zu dem nur ein Drittel des deutschen Preises betragenden Weltmarktpreis eingeführt. Während in Deutschland Millionen von Menschen unter der Wirkung von Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit ihren Zuckerkonsum ausserordentlich einschränken müssen, wird gleichzeitig dem Ausland der Zucker für 7 Pfennige pro Pfund sozusagen geschenkt. Die Kosten dieser Geschenke hat die deutsche Gesamtwirtschaft zu tragen. Im laufenden Jahr dürfte diese Freigabe nicht weniger als 150 Millionen Mark kosten.

Die gegenwärtige Zuckerpolitik, d.h. Erhaltung des bereits 1928 überhöhten Zuckerpreises, auch jetzt, wo die Wirtschaftsdepression eine radikale Preissenkungsaktion zum dringlichsten Gebot der Stunde macht, ist absolut unverantwortlich. Würden die Zuckerpreise gesenkt, wie es der kürzlich gestellte sozialdemokratische Antrag verlangt, so würde der Verbrauch stark angeregt. Vielleicht müsste ein Teil der am teuersten produzierenden Landwirte ihren Rübenbau einschränken. Die Verlustausfuhr würde dann überflüssig.

Von einer solchen vernünftigen Zuckerpolitik wollen begreiflicherweise die Zuckerinteressenten nichts wissen. Nach ihrer Meinung ist die Ausfuhr sogar ein volkswirtschaftliches Aktivum, weil sie ja, "in der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit Arbeit und Beschäftigung schafft." Das Heilmittel der deutschen Zuckerindustrie für die Wirtschaftskrise ist demnach ausserordentlich einfach: wir brauchen nur alle deutschen Waren an das Ausland zu verschenken, dann erhält die deutsche Wirtschaft eine starke Anregung und die Arbeitslosigkeit ver-

schwindet. Es scheint der Zuckerindustrie dabei nicht in den Sinn zu kommen, das eine solche Politik nichts anderes wäre, als eine freiwillige Erhöhung unserer Reparationszahlungen.

Als Mittel zur Gesundung der deutschen Zuckerwirtschaft fordert die Zuckerindustrie infolgedessen nicht Preissenkung, sondern Kontingentierung der Zuckererzeugung, d.h. Erhaltung des gegenwärtig überhöhten deutschen Preises unter Beschränkung der für den Inlandsmarkt bestimmten Produktion. Der grösste Teil, der deutschen Erzeugung würde demnach "kontingentberechtigt", d.h. die Rübenherzeuger erhielten durch den überhöhten inländischen Zuckerpreis bedingten hohen Zuckererlöserlös. Alle Landwirte, die in Zukunft den Zuckerrübenbau neu aufnehmen oder ausdehnen wollen, wären dagegen auf den Auslandsabsatz angewiesen, der einen Rüben Erlös von nicht mehr als 10 bis 20 Pfennigen pro Zentner gegenüber einem Preis für Kontingentsrüben von 1,70 bis über 2 Mark übrig lässt. Während bisher die bei der Zuckerausfuhr entstehenden Verluste auf den gesamten inländischen Zuckerabsatz eingelegt wurden, sollen sie dann auf die zur Kontingentslieferung nicht zugelassenen Landwirte umgelegt werden. Der Vorteil des alten Rübenbaus hieraus betrüge wohl durchschnittlich gegenüber jetzt mehr als 100 Millionen im Jahr. Hier würde also ein Privileg der bisherigen Zuckerrübenbauer geschaffen, das durch die Branntweingesetzgebung geschaffenen Privileg der Brennereibetriebe durchaus ähnlich ist. Aber nicht genug damit, eine gesunde Entwicklung des Rübenbaus wäre unterbunden. Während sich früher unter Einwirkung der starken Zulassung ausländischer Wanderarbeiter der Rübenbau in der Hauptsache auf einige tausend Grossbetriebe konzentrierte, ist in den letzten Jahren eine starke Wanderung des Rübenbaues in bäuerliche Gebiete Süd- und Westdeutschlands eingetreten. Da der Zuckerrübenbau für den bäuerlichen Betrieb mit seinen vielen Arbeitskräften ganz besonders geeignet ist, da ferner die Rübenblätter, die ein ausgezeichnetes Futtermittel darstellen, im Bauernbetrieb sehr gut für das Vieh verwertet werden, während sie im Grossbetrieb vielfach verderben oder umgepflügt werden, hat der Zuckerrübenbau im bäuerlichen Betrieb mit wesentlich geringeren Unkosten zu rechnen als der einseitig auf Zuckerrüben eingestellte Grossbetrieb. Die Wanderung des Rübenbaues ist also eine Verlagerung von den hohen zu niedrigeren Produktionskosten. Durch eine Kontingentierung wäre diese gesunde Entwicklung unterbunden und auf Kosten des Bauernbetriebes entstünden Liebesgaben für eine kleine Zahl bisheriger Rübenwirtschaften. Diesen Betrieben würde ein Monopolwert verliehen, der ebenso wie das Brennrecht der Branntweinmonopolverwaltung handelsfähig ist. Ein Landwirt, der in Zukunft neu mit dem Rübenbau beginnen wollte, müsste sich ein Anbaurecht kaufen, wäre also mit dessen Kosten vorbelastet, während ein anderer Landwirt nur dafür, dass er in Zukunft weniger Zuckerrüben anbaut, eine mühelose Einnahme erhielte. Damit wäre der Anfang zu einer unwirtschaftlichen Steigerung und Erhaltung überhöhter Quotenwerte in Höhe von Hunderten von Millionen gemacht. Das alles auf Kosten der Verbraucher.

Man kann nicht anders, als diese Politik der Zuckerindustrie, die selbstverständlich vom Reichsernährungsministerium mit allen Mitteln gestützt und gefördert wird, (die Notverordnung vom 1.12. brachte sogar die Ermächtigung einer Zwangskontingentierung) als reinste Interessenwirtschaft einer kleinen Clique zu Lasten der Gesamtheit zu brandmarken. Dadurch wird nicht nur eine Produktionskosten- und Preissenkung für ein so wichtiges Nahrungsmittel wie Zucker verhindert, sondern den bäuerlichen Betrieben wird ein für den Fortschritt wichtiger Betriebszweig einfach verboten. Sowohl von Verbraucherseite wie von Seiten der bäuerlichen Produzenten sind daher scharfe Proteste gegen die Kontingentierung erhoben worden. Die süd- und westdeutschen bäuerlichen Organisationen wie auch die Landwirtschaftskammern lehnen die Kontingentierung ab. Es gibt nur eine vernünftige Lösung des Zuckerproblems: Abbau der überhöhten Preise!

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Steuereinnahmen für den Monat November mit 641,2 Millionen Mark an. Gegenüber dem Vergleichsmonat, dem August 1930, ergibt sich damit eine Mindereinnahme von über 120 Millionen Mark. Allerdings sind im Monat August grössere Abschlusszahlungen eingegangen als im Monat November.

Die Lohnsteuer erbrachte im November 116,35 Millionen Mark gegenüber 117,52 Millionen Mark im Oktober. Erstattet wurden an Lohnsteuer im November rund 200 000 Mark.

Mit dem Monat Oktober sind 8 Monate des Steuerjahrs 1930/31 abgelaufen. In diesen Monaten hätten rein rechnerisch 6 843,8 Millionen Mark aufkommen müssen. Aufgekommen sind jedoch 6 321 Millionen Mark. Mithin ergibt sich ein Fehlbetrag von 522,8 Millionen Mark. Im vorigen Monat wurde ein Defizit von 308,6 Millionen Mark festgestellt. Der Fehlbetrag hat sich also in Monatsfrist um fast 115 Millionen Mark vergrößert. Von dem Minderaufkommen in Höhe von 522,8 Millionen entfallen 243,9 Millionen auf Besitz- und Verkehrssteuern und 278,9 Millionen auf Zölle und Verbrauchsabgaben. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, dass die neuen Steuern hauptsächlich im zweiten Halbjahr stärker fließen und die Einnahmen der kommenden Monate nicht unwesentlich beeinflussen werden. Auch stellt das Reichsfinanzministerium fest, dass sich die Einnahmen in den ersten 8 Monaten des Rechnungsjahres im Rahmen des von der Reichsregierung aufgestellten Finanzprogramms halten. Es ist aber ein schlechter Trost, wenn man auch mit einem programmässigen Defizit rechnen muss. Schwerwiegender erscheint uns die Frage, ob sich die Hoffnungen des Reichsfinanzministers auf ein stärkeres Fließen der neuen Steuern in den restlichen 4 Monaten erfüllen werden.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 23. Dez.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	R#	0,70 - 0,80
" " Weizenstroh "	R#	0,60 - 0,70
" " Haferstroh "	R#	0,60 - 0,70
" " Gerstenstroh "	R#	0,60 - 0,70
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	R#	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	R#	0,75 - 0,85
Bindfadengepresstes Weizenstroh	R#	0,60 - 0,75
Häcksel	Tendenz ruhig	1.45 - 1.60
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	R#	1.30 - 1,70
Gutes Heu, gesund und trocken	R#	1.80 - 2.30
Luzerne, lose	R#	-
Thymothee, lose	R#	2,85 - 3,15
Kleeheu, lose	R#	2,60 - 3,00
Mielitz=Heu, lose, rein	R#	-
" " " (Warthe)	R#	1,60 - 1,80
" " " (Havel)	R#	1,20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu	R#	0,40 über Notiz

Tendenz still.

SPD. Der Wochenumsatz pro Mitglied im Zentralverband deutscher Konsumvereine ging von 8,52 Mark im Oktober 1930 auf 8,40 Mark im November 1930 zurück. Er machte im November 1929 = 9,69 Mark und im November 1928 = 8,81 Mark aus. Der eingetretene Rückschlag in der Umsatzentwicklung ist nach Auffassung des Zentralverbandes sehr beträchtlich,

An dem im November 1930 im Vergleich zum November 1929 eingetretenen Umsatzrückgang sind alle Revisionsverbände beteiligt. Von dem grössten Rückgang wurde das Gebiet des Verbandes sächsischer Konsumvereine betroffen. In einem nicht unbeträchtlichen Abstände folgen dann im Umsatzrückgang der Verband östdeutscher Konsumvereine und der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine. Den geringsten Minderumsatz haben im November die Konsumgenossenschaften des südwestdeutschen Verbandes erlitten. Obwohl im sächsischen Verbandsgebiet seit Monaten der stärkste Umsatzrückgang zu beobachten ist, steht der durchschnittliche Wochenumsatz je Mitglied in Sachsen immer noch nicht unerheblich höher als in den übrigen Revisionsverbänden. Im November 1930 hatte der Verband sächsischer Konsumvereine den Durchschnitt des Zentralverbandes um 2,70 Mark überschritten. Den Zentralverbandsdurchschnitt überschritten ausserdem noch der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine um 1,25 Mark und der Verband der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen um 0,58 Mark. In den anderen sieben Revisionsverbänden blieb der durchschnittliche Wochenumsatz je Mitglied - zum Teil erheblich - unter dem Durchschnitt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

SPD. Bei der mit grossen Worten angekündigten Fleischpreissenkung zeigt sich jetzt der Pferdefuss, d.h. die Organisationen des Metzgergewerbes haben sich mit einer bestimmten Senkung der Handelsspanne einverstanden erklärt; die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen muss aber feststellen, dass sich die Fleischer nicht an diese Abmachung halten. Die Handelsspanne unterlag z.B. in den letzten Wochen folgender Veränderung:

	<u>Monat November</u> <u>1930</u>	<u>Woche vom 1. bis</u> <u>7. Dezember 1930</u>	<u>Woche vom 15.</u> <u>21. Dez. 1930</u>
	(Spanne zwischen Gross- und Kleinhandelspreis in Pfennig je Pfund für den Berliner Markt)		
Fleisch insgesamt	19,1	20,3	21,8
Schweinefleisch	16,2	16,7	19,4
Rindfleisch	23,7	25,5	24,7
Kalbfleisch	26,8	29,7	32,2
Hammelfleisch	28	24,7	29,5

Die Grosshandelspreise für alle Fleischgattungen sind weiter zurückgegangen. Nun haben die Kleinhandelspreise sich ebenfalls gesenkt, aber, wie schon in der Vorwoche, nicht in dem Masse wie die Grosshandelspreise. Infolgedessen ist die Preisspanne bei allen Fleischgattungen gestiegen und überschreitet auf der ganzen Linie den Stand, den sie in der ersten Novemberwoche hatte. Die Erfolge der vielgerühmten Fleischpreissenkung werden damit illusorisch. Es ist die höchste Zeit, dass das Reichsernährungsministerium in punkti Fleischpreissenkung mal wieder von seinem Schlaf aufwacht.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 23. Dezember: I. 141 Mark, III. 128 Mark, III. 112 Mark je Zentner. Tendenz: fest,

Roggen zieht an.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Dez.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Dienstag eine merklich Befestigung der Stimmung durchsetzen. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Preise um etwa 2 bis 3 Mark in die Höhe. Roggen für den laufenden Monat konnte sogar 5 Mark gewinnen. Der vorhandenen Deckungsfrage stand kein entsprechendes Angebot gegenüber. Dazu waren Meldungen verbreitet, nach denen die Warthe bereits zuzufrieren beginnt, sodass sich Behinderung in der Schifffahrt zeigt. Im Lokoverkehr war das Angebot gleichfalls knapp. Die Nachfrage konnte daher auch hier nur zu steigenden Preisen gedeckt werden. Mehl hatte unverändert kleines Geschäft für Weizenmehl bei gleichbleibenden Preisen, während für Roggenmehl die Forderungen teilweise um 25 Pfennig erhöht waren. Hafer hatte wenig Angebot, aber auch geringe Nachfrage. Trotzdem konnte sich auch hier die Stimmung befestigen. Am Gerstenmarkt blieb die Lage unverändert. Lediglich machte sich etwas mehr Bedarf in Industrieware bemerkbar.

	<u>22. Dez.</u>	<u>23. Dez.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 248	246 - 248
Roggen	152 - 154	154 - 156
Braugerste	200 - 216	200 - 216
Futter- und Industrierogerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	140 - 146	140 - 146
Weizenmehl	28,75 - 36,75	28,75 - 36,75
Roggenmehl	23,50 - 26,65	23,60 - 26,75
Weizenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 264 - 266½, März 273 - 274 und Geld, Mai 282 - 283½, Roggen Dezember 173½ - 173, März 184 - 183½, Mai 193 - 192½. Hafer Dezember -, März 167 - 166¼, Mai 178½ - 176½.

Berliner Viehmarkt.

(23. Dezember.)

SPD. Bei stark verflauendem Geschäft konnte das reichliche Angebot von Schweinen nicht untergebracht werden. Die Verkäufer mussten sich größere Preisabschläge gefallen lassen, die zum Teil bis zu 4 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht ausmachten. Glatter war das Geschäft auf dem Kälbermarkt, wo sich der Preisabschlag trotz genügenden Angebots in Grenzen hielt. Auf dem Rindermarkt konnten für gute Qualitäten die letzten Preise erzielt werden. Teilweise gab es auch Preiserhöhungen. Der Hammelmarkt zeigte ruhiges Geschäft bei ungefähr letzten Preisen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 40 - 45 (voriger Markt 39 - 45), b) 32 - 38 (30 - 37), c) 27 - 30 (26 - 29), d) 24 - 26 (22 - 25). Kälber: a) - (-), b) 75 - 82 (75 - 83), c) 68 - 77 (68 - 78), d) 45 - 64 (45 - 63). Schweine: a) (über 300 Pfund) 60 (60 - 61), b) (240-300 Pfd.) 59 - 61 (60 - 62), c) (200 - 240 Pfd.) 59 - 61 (60 - 63), d) (160-200 Pfd.) 56 - 60 (60 - 62), e) (120 - 160 Pfd.) 53 - 55 (57 - 59), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 52 - 53 (53).

Gewerkschaftliche Bündschau ✘

10 Millionen hungern!

SPD. Die neuen von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung veröffentlichten Arbeitslosenziffern zeigen bei den Hauptunterstützungsempfängern für die erste Dezemberhälfte eine Zunahme von rund 158 000 auf 1 946 000 in der Arbeitslosenversicherung und um rund 37 000 auf 603 000 in der Krisenfürsorge. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Belastung dieser beiden Unterstützungseinrichtungen nur ein Ausschnitt aus dem Umfang der Gesamtarbeitslosigkeit wiedergibt. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung auf 233 000, womit am 15. Dezember 1929 ein Stand von rund 1 433 000 erreicht wurde.

Die Zahl der Arbeitslosen (verfügbare Arbeitssuchende nach Abzug der noch in Stellung oder Notstandarbeit befindlichen) belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen (berichtigte Zahl); bei der Zählung am 15. Dezember ergab sich ein Anwachsen um rund 278 000 auf rund 3 977 000.

Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des Vorjahres belief sich - nach einer Zunahme um rund 326 000 - auf rund 2 362 000. Ein nicht genau erfassbarer Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen sowie auf dem von der wirtschaftlichen Not erzwungenen Andrang zahlreicher, früher nicht als Arbeitnehmer tätiger, Kräfte zum Arbeitsmarkt.

+ + +
Also 4 Millionen Arbeitslose und 62 % davon, d.h. 2 550 000 Unterstützte, in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge. Das sind unheimlich hohe Ziffern. Sie bleiben zwar im Rahmen der Voraussicht, ihr Ernst ist jedoch unverkennbar. Zwei dreiviertel Millionen Unterstützte am Ende des Jahres - wirklich, die Prophezeiungen, die das Jahr 1930 als Katastrophenjahr ankündigten, haben sich nur zu sehr bestätigt, und man muss die Regierung sehr nachdrücklich fragen, ob und wann sie denn nun endlich einmal etwas zur Eindämmung dieses Elends unternehmen will. Das Arbeitslosenheer wartet noch immer darauf, dass die Regierung gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit endlich auch mit strukturellen Massnahmen vorgeht. Die Arbeitslosen warten noch immer auf die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Arbeitszeit. Die Art und Weise, wie diese Forderung bis jetzt von der Regierung nicht respektiert wurde, wirkt befremdlich. Man durfte erwarten, dass wenigstens von dem Augenblick an, in dem zu erkennen war, dass die Kombination Lohn- und Preisabbau als arbeitsmarktpolitisches Experiment versagte, das Problem der Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung ernsthaft angepackt würde. Nichts von alledem ist jedoch eingetreten. Das alte Jahr geht zu Ende, ohne dass eine arbeitsmarktpolitische Tat erfolgt ist. Wird die Regierung sich nun wenigstens im neuen Jahr endlich zu einem Entschluss aufraffen? Wie lange will sie noch warten? Genügt ihr die erschütternde Tatsache, dass 10 Millionen Menschen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit in Deutschland hungern und darben noch nicht? 10 Millionen Menschen stöhnen unter dem Arbeitsloseneleid! Unter den vier Millionen Arbeitssuchenden sind rund 2 Millionen verheiratet; rechnet man auf jeden verheirateten Arbeitslosen zwei Kinder und eine Frau, so kommt man auf acht Millionen Köpfe, und nimmt man die zwei Millionen alleinstehenden Arbeitslosen

hinzu, dann ergibt sich, dass von 64 Millionen rund 1/5 der deutschen Bevölkerung am Hungertuch nagt.

Ein Wunder ist es, dass trotz dieser Massennot in Deutschland noch verhältnismässig alles ruhig bleibt. Man muss sich vorstellen: Tausende von Arbeitslosen sehen keinerlei Hoffnung vor sich, in absehbarer Zeit wieder einmal in Arbeit zu kommen, Tausende sind nur mit Bettelgroschen unterstützt, Millionen sehen nirgends Initiative der Regierung in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Es wird nur geredet und verhandelt. So ist zum Beispiel auch die Frage der Verlängerung der Schulpflicht allmählich so gut wie totgeredet worden. Es geschah auch nichts Durchgreifendes, um die seelische Not des Arbeitslosenheeres zu lindern. Der Arbeitslose braucht gewiss zu allererst Brot, aber auch er lebt keineswegs allein von Brot. Auch er braucht Zerstreuung und Ablenkung, wenn er nicht in seiner kalten Stube oder in einer ärmlichen Warmehalle, wo einer dem anderen auf den Nerven herumtritt, rabiät und irrsinnig werden soll. Es ist das grösste Armutszeugnis unserer so kulturstolzen Zeit, dass sie es bis jetzt noch nicht einmal verstand, dem Arbeitslosen während seiner erzwungenen Untätigkeit wenigstens durch etwas anregende Darbietung irgend welcher Art, sei es durch Film oder durch Lektüre oder Vorträge usw. das Herz ein klein wenig zu erleichtern.

Unsere Kulturinstitute, voran die republikanischen, sollten schleunigst ein Notkartell bilden, damit in Verbindung mit den Gewerkschaften Schritte unternommen werden können, um den Arbeitslosen neben der materiellen, auch eine seelische Unterstützung zu Teil werden zu lassen.

SPD. Im Bereich des Landesarbeitsamts Westfalen stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Dezemberhälfte um 14 621 auf 209 496, die der Arbeitssuchenden stieg von 289 587 auf 314 270. Die Neuzugänge an Arbeitssuchenden aus den Aussenberufen überschreiten ziffernmässig erheblich das Ausmass der letzten Wochen. Die saisonbedingte Arbeitslosigkeit tritt also stärker in Erscheinung.

Eine Untersuchung der Höhe der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gemeinden ergibt, dass bei einer westfälischen Durchschnittsbelastung von 37,8 Hauptunterstützungsempfängern auf 1000 Einwohner am 30. November 1930 der höchste Anteil mit 48,1 Prozent auf die Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohner entfällt. Es folgen die Gemeinden von 50 bis 100 000 mit 46,4 Prozent und die Gemeinden von 10 bis 50 000 Einwohnern mit 40,2 Prozent. Den Ausschlag für die niedrigste Durchschnittsbelastung in Westfalen gaben die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohner, deren Anteil nur 28,8 Prozent beträgt. Die höchstbelasteten Gemeinden im Landesarbeitsbezirk Westfalen sind Brackwede mit 91,5 Hauptunterstützungsempfängern auf 1 000 Einwohner, Selm mit 80,6, Milspe mit 72,6, Hattingen mit 71,8, Gevelsberg mit 69,1 und Schwerte mit 67,1.

Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist innerhalb der letzten Monate eine leichte Entspannung eingetreten. Massenkündigungen sind unterblieben und die Zahl der Feierschichten hat sich vermindert. Die Gesamtbelegschaft beträgt zurzeit etwa 290 000, sodass also im Laufe des Jahres 93 000 Bergarbeiter abgebaut worden sind. - In der Hüttenindustrie dauern die Entlassungen trotz geringer Belegung des Auslandsabsatzes an.

Eine Verschärfung der Lage ist von Seiten der Konsumgüterindustrie zu erwarten. Die für das Ende des Monats vorgesehenen Betriebsstillegungen und Entlassungen im Tabakgewerbe dürften sich aufgrund der eingegangenen Stilllegungsanzeigen auf fast sämtliche Betriebe der westfälisch-lippeschen Tabak- und Zigarrenindustrie erstrecken. Der Minden-Ravensberger Bezirk erfährt dadurch eine ungeheure Belastung, da in diesem Gebiet der weitaus grösste Teil der Tabakarbeiter vorhanden ist.

SPD. Die Dresdner Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung einer Zinsbürgschaft für ein Kapital von einer Million Reichsmark auf 5 Jahre zugestimmt, um die Wiederaufnahme des Dresdner Betriebs der Firma Villeroy & Boch A.G. zu erreichen. Der Betrieb war wegen Unrentabilität am 27. Oktober geschlossen worden. Etwa 1400 Arbeiter und Angestellte verloren dadurch ihr Brot. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem sächsischen Wirtschaftsministerium und dem Dresdner Stadtrat bzw. der Generaldirektion ist es gelungen, eine Verständigung zu erzielen.

Ursprünglich sollte die Sächsische Staatsbank der Gesellschaft ein Kapital von einer Million Reichsmark zum Bau von zwei Tunnelöfen borgen, ohne die das Werk nicht rentabel gestaltet werden kann; da aber die Gesellschaft hierbei ein erhebliches Disagio hätte in Kauf nehmen müssen, hat sie es vorgezogen, ein für sie günstigeres ausländisches Darlehen in Höhe von rund einer Million Reichsmark aufzunehmen. Staat und Stadt übernahmen die Zinsbürgschaft für den Fall der Gewinnlosigkeit im Laufe der ersten fünf Jahre. Falls die Werke, wie sie erhoffen, mit Gewinn arbeiten können, brauchen Staat und Stadt nicht einzutreten.

Wie wir erfahren, wird der Dresdner Betrieb ab 2. Januar die Arbeit neu aufnehmen mit dem Ziel, so rasch wie möglich 600 bis 700 Arbeiter wieder einzustellen. Die Einstellung kann nur nach und nach erfolgen, da der Betrieb erst allmählich wieder in Gang kommt. Insgesamt dürften etwa 1250 Arbeiter wieder Beschäftigung finden.

SPD. Der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten hat mit Ablauf zum 31. März 1931 den Reichstarif Herrenkonfektion und den Reichstarif Zuschneider gekündigt, des weiteren das Lohnabkommen zu den beiden Reichstarifen mit Ablauf zum 30. April 1931. Für den Manteltarif sind Anträge auf wesentliche Verschlechterung der Ferienbestimmungen gestellt, wonach eine Kürzung für Ferientage von 30 bis 50% eintreten soll. Zum Stundenschema sind weitgehende Verschlechterungen für die Stückzeiten gefordert und für das Lohnabkommen wird eine generelle Lohnsenkung von 15% verlangt, sowie eine Kürzung des Heimarbeiterzuschlages um 25%. Ausserdem ist noch eine Reihe sonstiger Verschlechterungsanträge zu den verschiedensten Spezialfragen gestellt worden.

Die Konfektionäre stellen hiermit so weitgehende Forderungen, dass es fraglich erscheint, ob ein tragfähiger Tarif wieder zustande zu bringen ist. Für die Konfektionsarbeiterschaft aber ist es die höchste Zeit, dass sie sich auf die Wahrnehmung ihrer Interessen besinnt, den vielfach noch vorhandenen Indifferentismus ablehnt und durch geschlossenes Vorgehen in der Organisation gemeinsam den Kampf in der Abwehr dieses Generalangriffs der Unternehmer führt.

SPD. Die Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitszeitkonflikts bei der Reichsbahn werden am 5. Januar fortgeführt. Die Schlichterkammer wird eine Informationsreise nach Hamburg, München, Erfurt und Leipzig unternehmen.

In den Nachverhandlungen über den zweiten Teil des Schiedsspruchs, der die achtstündige Arbeitszeit ab 16. Januar für Eisenbahnausbesserungswerke und Bahnunterhaltung festsetzt, haben die Gewerkschaften, obwohl sie anfänglich eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, schliesslich zugestimmt, um die in dem Spruch immerhin enthaltenen Verbesserungen nicht preiszugeben.